

Zeitung für das Dilltal.

Amtliches Kreisblatt für den Dillkreis.

Ausgabe täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: vierteljährlich ohne Bringerlohn 2,40. Bestellungen nehmen entgegen die Geschäftsstelle, außerdem die Zeitungsboten, die Landbriefträger und sämtliche Postanstalten.

Druck und Verlag der Buchdruckerei E. Weidenbach in Dillenburg.
Geschäftsstelle: Schulstrasse 1. Fernruf: Dillenburg Nr. 24.

Anzeigenpreise: Die kleine 6-sp. Zeile 20 Pfennig, lokale geschäftliche Anzeigen 15 Pfennig, die Reklamenzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholungs-Annahmen Rabatt oder günstige Zellen-Abschlüsse. Offertenzellen oder Ankündigung durch d. Geschäftsstelle 25 Pfennig.

Nr. 21

Freitag, den 25. Januar 1918

78. Jahrgang

Die Rede des Reichskanzlers im Hauptausschuss.

Die Rede des Reichskanzlers im Hauptausschuss.

Berlin, 24. Jan. Der Reichskanzler hielt heute nachmittag im Hauptausschuss des Reichstages die angekündigte Rede, in der er zunächst die Verhandlungen in Brest-Litowsk besprach. Er sagte, daß sie sehr schwierig seien, aber einen günstigen Abschluß erhoffen lassen. Mit der Ukraine bestehen gute Hoffnungen auf baldige Einigung. Seit Wien der Feind am 4. Januar sich für die Entente gegenüber nicht mehr gebunden.

Der Kanzler besprach dann die Rede Lloyd Georges und die Botschaft Wilsons. Lloyd Georges Tonart ist bereits eine andere geworden, jedoch Friedensstimmung ist aus seiner Rede nicht herauszulesen. Weiter besprach der Kanzler die Lage Deutschlands vor dem Kriege. Deutschlands Bündnisse hatten lediglich defensive Zwecke. Elsaß-Lothringen umfaßt größtenteils rein deutsche Gebiete. Die Wiedergewinnung stellte im wahrsten Sinne eine Desannexion dar. Auch Wilsons Ton ist anders geworden. Seine Forderung bezüglich der Geheimdiplomatie ist unsympathisch. Seine Forderungen nach Freiheit des Meeres, Beseitigung der Wirtschaftsschranken und Rüstungsbeschränkung finden teilweise unsere Billigung, teilweise sind wir zur Verständigung bereit. Hinsichtlich der Räumung der besetzten Gebiete im Osten lehnen wir jede fremde Einmischung ab. Die Angliederung Belgiens war nicht das Programm der deutschen Regierung. Solange die Feinde nicht die Integrität Deutschlands anerkennen, lehnen wir jede Diskussion ab. Von einer Abtretung Elsaß-Lothringens kann keine Rede sein. Die italienischen Grenzfragen und die Balkanfragen gehen in erster Reihe Österreich-Ungarn an. Den Mittelmächten bleibt es überlassen, sich mit dem besetzten Polen zu einigen. Die Integrität der Türkei ist ein Lebensinteresse auch Deutschlands. Dem geplanten Völkerverband stehen wir sympathisch gegenüber. Die Sprache Wilsons ist nicht ehrlicher Friedenswille, sondern die Sprache des Siegers zum Besiegten. Die Gegner täuschen sich über unsere militärische Lage, die noch nie so günstig war, wie jetzt. Kommen unsere Gegner mit besseren Vorschlägen, dann werden wir sie prüfen; denn auch unser Ziel ist der allgemeine Friede.

Bis dahin gilt es für Regierung und Volk zusammenzusehen.

Der Kanzler schloß mit warmer Anerkennung für die Truppen und die Ausdauer aller Volksteile.

(Der ausführliche Wortlaut der Rede liegt noch nicht vor.)

Eine neue Leistung des Abg. Hoffmann.

Abgeordnetenhause.

Am Ministerisch: Dr. Treibs.

Auf der Tagesordnung steht der Antrag Fuhrmann (natl.), Frhr. v. Vos (Zr.), Mertin-Oels (freikons.), Winkler (kons.) und Genossen auf Sicherstellung des

Rechtes der Staatsbeamten zur politischen Betätigung.

In seiner ursprünglichen Fassung hatte dieser Antrag auch die Zurücknahme des Erlasses des Ministers des Innern über die Betätigung der Beamten in der Vaterlandspartei gefordert. Der Ausschuss hat einstimmig einen Antrag angenommen, der an die Regierung vorbehaltlich einer baldmöglichen gesetzlichen Regelung das Ersuchen richtet, für alle Zweige der Staatsverwaltung eine Verfügung zu erlassen, durch die das den Beamten zustehende Recht der politischen Betätigung sichergestellt, jedoch unterlagt wird, innerhalb der Diensträume oder auf dienstlichem Wege oder sonst durch Ausnutzung der Dienstgewalt zur Betätigung für politische Vereinigungen und Parteien aufzufordern.

Frhr. v. Zedlitz (freikons.) beantragt Zurückverweisung der Angelegenheit an den Ausschuss zwecks schriftlicher Berichterstattung. Alle Parteien hätten den dringenden Wunsch, die Angelegenheit noch im laufenden Tagungsabschnitt zur Erledigung zu bringen. Heute könne aber ohne jeden Bericht, da der Berichterstatter einen mündlichen Bericht zu geben nicht in der Lage sei, sachlich über die wichtige Angelegenheit nicht verhandelt werden. Die Erledigung in dem laufenden

Tagungsabschnitt werde durch die Zurückverweisung zwar hinausgeschoben, aber nicht unmöglich gemacht.

Abg. Hoffmann (Unabh. Soz.) widerpricht. Die Vaterlandspartei will offenbar in der Zwischenzeit weiter auf die Presse Verhandlungen einwirken. (Widerpruch.) Das Ministerium in Oesterreich sollte als Warnung dienen. Sie tanzen auf einem Vulkan. (Wärm.) Selbst ein Scheidemann hat mit der Opposition gedroht. Wir stehen wie in Oesterreich 10 Minuten vor Ausbruch der Katastrophe. (Großer Wärm.) Das Volk ist es satt, weiter in den Krieg gehegt zu werden. (Wärm- und Pluruse.)

Vizepräsident Dr. Bohmann ruft den Redner zur Ordnung. (Beifall.)

Frhr. v. Zedlitz (freikons.): Die Angelegenheit hat mit den Presse Verhandlungen nichts zu tun. (Zustimmung.) Der Zusammenhang ist an den Haaren herbeigezogen. (Sehr richtig!) Niemand will die Angelegenheit verschleppen, aber ohne einen mündlichen oder schriftlichen Bericht aus dem Ausschuss ist eine sachgemäße Behandlung unmöglich. Gerade die Ausführung Hoffmanns sprechen für die Rückverweisung. (Zust.)

Vizepräsident Dr. Bohmann: Wenn ein schriftlicher Bericht nicht vorliegt und ein mündlicher Bericht nicht gegeben werden kann, muß nach der Geschäftsordnung die Absehung des Gegenstandes von der Tagesordnung erfolgen.

Winkler (kons.): Wir sind für Zurückverweisung. Wenn der Antrag dann wieder an die Vollversammlung kommt, werden wir ruhig und sachlich über ihn verhandeln und alles Notwendige mit der erforderlichen Deutlichkeit sagen.

Abg. Hoffmann: Wenn das auch in der Geschäftsordnung steht, so ist das Haus doch jederzeit majoritär. (Schallendes Gelächter.) Wenn Sie nicht unsern Rote folgen, übernehmen Sie die Verantwortung für alles, was kommt. (Wärm, Zuruf: Rehen Sie zu den Volksschickseln.) Auf den Reichskanzler wird in unerhörter Weise eingewirkt. (Zuruf: Zu Sache!) Der Reichskanzler ist auch ein Vorkämpfer und wir wollen diese Einwirkung zur Herbeiführung einer bestimmten politischen Betätigung verhindern. (Gelächter.) Sie wollen das Volk weiter in den Krieg hegen und neue Millionen opfern. (Großer Wärm und Pluruse.)

Vizepräsident Dr. Bohmann ruft den Redner zur Ordnung. (Beifall.)

Frhr. v. Nitzsch (kons.): Der Ausschuss hatte einstimmig den Wunsch, daß die Sache heute zur Verhandlung komme, aber ohne Bericht geht das nicht. Wie sollen wir das wichtige Material sonst sachlich erörtern? Allgemeinpolitische Erwägungen haben in keiner Weise im Ausschuss mitsprachen. Auch die Fortschrittler glaubten, daß der Ausschussantrag ohne jede Erwörterung hier angenommen werden würde. Nur dann hätten wir allenfalls auf eine Berichterstattung aus dem Ausschuss verzichten können.

Fuhrmann (natl.): Als Antragsteller kann ich das nur bestätigen. Wir Antragsteller haben doch das größte Interesse an der schnellsten Erledigung der Angelegenheit und wir würden sogar auf schriftliche Berichterstattung verzichten, wenn ein mündlicher Bericht gegeben werden könnte. Aber das erklärt der Berichterstatter für unmöglich. Mit den Presse Verhandlungen hat dieser harmlose Vorgang nichts zu tun.

Abg. Hoffmann: So harmlos ist die Sache nicht. Seit dem Beschluß des Ausschusses sind acht Tage verlossen. (Widerpruch.) In diesen acht Tagen haben sich in Oesterreich Ereignisse abgepielt, die auf den Ausschuss vielleicht Eindruck gemacht hätten. (Widerpruch.) Die drei Wochen, um die die Sache jetzt verschleppt wird, sind entscheidend. (Zuruf: Unsinn!) Für Sie mag das Volk Unsinn sein, für uns nicht. (Lachen.) Sie haben die Mehrheit und damit die Macht. Aber wenn die Wüter verderben wollen, den Schlangen sie mit Blindheit.

Volsky (natl.): Der Redner irr. Die Ausschuss-Arbeit hat vorgestern abend stattgefunden und sämtliche Vorgänge in Oesterreich waren ihr bekannt. (Hört, hört!) Der Ausschussantrag ist einstimmig angenommen worden. Wir bedauern, daß wir den Antrag heute nicht erledigen können.

Abg. Hoffmann: Ich bleibe bei meinen Behauptungen. (Zuruf: Heiterkeit.) Wir warnen in größter Stunde. (Wärm.)

Frhr. v. Zedlitz (freikons.): Ich stelle fest, daß von den Parteifreunden des Herrn Adolf Hoffmann niemand, hier ist, er ist ganz allein da. (Große Heiterkeit.)

Die Geschäftsordnungsaussprache wird durch einen Schlußantrag geschlossen. Wegen die Stimme des Abg. Adolf Hoffmann wird mit den Stimmen aller andern Parteien der Antrag zurückverwiesen.

Eine Auseinandersetzung über Deutschland.

Wien, 23. Jan. (W.B.) Abgeordnetenhause. In die Erklärung des Ministerpräsidenten knüpfte sich eine längere Debatte. Facher, Debert und Oberleitner gaben im Namen der Deutschen Böhmens, Mährens und Schlesiens Erklärungen ab, in denen sie auf das schärfste die staatsrechtlichen Bestrebungen der Tschechen bekämpften. Sie forderten die Erledigung einer selbständigen Provinz Deutsch-Böhmen mit eigenem Landtag auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts und für Mähren die vollständige Durchführung der nationalen Autonomie der Deutschen in Mähren unter völliger Trennung von den Tschechen. Ähnliche Protesterklärungen gaben Spalner im Namen der

neugegründeten deutsch-nationalen Vereinigung und Marchl, welcher insbesondere die südböhmischen Bestrebungen bekämpfte, ab. Die tschechischen und südböhmischen Redner kritisierten die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und betonten neuerlich ihren Standpunkt hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechtes. Der polnische Sozialdemokrat Daszynski wendet sich gegen die Auffassung, als ob Deutschland Oesterreich gerettet habe (!). Ohne Oesterreich, die Türkei und Bulgarien hätte Deutschland sich der Feinde nicht erwehren können (!). Der Wiener Abgeordnete Jenker gab einer ähnlichen Meinung Ausdruck und verlangte, daß die Monarchie in Brest-Litowsk eine wirklich österreichische Politik mache. Der Ruthene Petruszewicz protestierte gegen die Angliederung ukrainischer Gebiete an Polen. Der Sozialdemokrat Adler erklärte, die Sozialdemokraten verlangten nichts anderes, als was Graf Czernin in seinen Reden ausgesprochen habe. Sie verlangten nicht einen Bruch oder das Unmöglichkeit, daß Deutschland sich plötzlich unter die Führung Oesterreichs begeben. Wenn man in Berlin sage: für uns ist Triest wie Straßburg, dann dürfe man sich nicht aufregen, wenn Czernin sagt: mir ist Straßburg wie Triest. Man könne nicht die Früchte des Bündnisses einseitig genießen. Der christlich-soziale Rataja betonte, auch die Christlich-Sozialen ständen auf dem Boden eines Verständigungsfriedens, auf dem von Graf Czernin verkündeten Standpunkte. Einen großen Raum in der Debatte nahm die Unabhängigkeitsbewegung ein. Die sozialdemokratischen Redner bezeichneten das Zustandekommen der Regierung als den Beginn einer wirklichen Demokratie und verwahrten sich gegen den Vorwurf, daß sie den in der Bevölkerung bestehenden Unwillen über die Ernährungsverhältnisse zu parteipolitischen Zwecken ausnützten.

Wiederaufnahme der Arbeit in Wien und Prag.

Wien, 23. Jan. Im Laufe des Dienstag ist die Auslandsbewegung unter den Wiener Arbeitern noch weiter abgeklaut. In Versammlungen, die am Nachmittag stattfanden, wurden die widerstrebenden Elemente mit Erfolg bewegt, der von der Parteileitung ausgegebenen Parole zu folgen, so daß nun die Arbeit allgemein wieder aufgenommen worden ist.

Prag, 24. Jan. (W.B.) Nach 24stündiger Arbeitsruhe ist gestern früh die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen worden.

Zur Lage in Russland.

Mißstimmung an der russischen Front.

Berlin, 24. Jan. Von einem Neutralen, der soeben aus Russland zurückgekehrt ist, hören wir, daß an der russischen Front über den schleppenden Verlauf der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk nicht geringe Mißstimmung besteht. Den Versuchen der maximalistischen Blätter den langsamen Verlauf der Verhandlungen mit dem Widerstand der deutschen Kapitalisten zu erklären, die angeblich für Fortführung des Krieges seien, begegnet man in russischen Soldatenkreisen mit wenig Glauben. Man ist in diesen Kreisen vielmehr geneigt, die bisherige Ergebnislosigkeit der Verhandlungen den maximalistischen Unterhändlern zur Last zu legen, die ohne Rücksicht auf die Notwendigkeiten der jetzigen traurigen Lage Russlands und der Bedürfnisse des Landes die Zeit mit nutzlosen Erörterungen über maximalistische Grundzüge und Theorien vergeuden.

Warenaustausch über die russische Front.

Berlin, 24. Jan. (Z.N.) Wie die Telegraphen-Union hört, haben die Arbeiten der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission in Petersburg einen ersten Erfolg gezeitigt. Die Sendungen für Kriegsgefangene werden von jetzt ab direkt über die Front und nicht mehr durch das neutrale Ausland geleitet werden. Es findet allwöchentlich eine Sendung statt. — Ueber die Lage in Petersburg erfährt man weiterhin, daß die Kämpfe, die sich anlässlich der Auflösung der Konstituante abspielten, von nur geringem Umfange waren. Die Maximalisten können sich bis jetzt noch immer fest auf die Petersburger Garnison verlassen, und die Gegenrevolution verfügt nur über schwache Streitkräfte. — Die Kämpfe gegen die Ukraine dauern an. Zum Oberbefehlshaber der inneren Front wurde der Matrose Dubenski ernannt. Die russische 8. Armee beabsichtigt, ihre Stellungen an der Front zu verlassen und sich angeblich nach Norden durchzuschlagen oder aber in Charlow sich den Maximalisten zur Verfügung zu stellen. Ebenfalls wollen sich 3 Armeekorps der 9. Armee ihnen anschließen. Die Ukrainer versuchen, den Abmarsch der Russen zu verhindern. — Auch die Kämpfe zwischen Russen und Rumänen dauern an und nehmen jetzt in Galizien einen größeren Umfang an. Die Kämpfe nahmen einen für die Russen ungünstigen Verlauf. Daraus gingen die Russen, 3200 Mann mit 22 Geschützen, 23 Feldküchen, 700 Pferden und einer großen Anzahl Gefährte und vielem Kriegsmaterial, zu

uns über. Auch nach Bessarabien haben die Rumänen Truppen geschickt. Die von Tschernobay geführten rumänischen Truppen trafen auf maximalistische Truppen und wurden von ihnen geschlagen worden sein. Der Kampf fand in der Nähe von Kischineu statt. Bei Taganrog fanden heftige Kämpfe zwischen maximalistischen Subankoffen und Kaledins Don-Kosaken statt, die zum Vorteil der maximalistischen Kosaken endigten.

Die russischen Soldaten als Geiseln Frankreichs.

Von der französischen Grenze, 24. Jan. Frankreich hatte bekanntlich von dem Jarenregiment erreicht, daß es ihm 5000 russische Soldaten als Kanonensutler für die französische Westfront abgab. Nach Ausbruch der russischen Revolution hat es aber diesen Truppen nicht mehr gepaßt, ihr Blut für die französischen Ziele zu vergießen. Es kam dann wiederholt unter ihnen zu Meutereien, die von französischen Regimentern blutig unterdrückt wurden. Man fordert der radikale Abgeordnete Labrac in der „Peure“, daß jene Soldaten, da sie ihren Wert als Kampftruppen verloren hätten, als Arbeiterfronlinge für Frankreich weiter dienen, um dadurch die durch die Erklärung des russischen Staatsbankrotts verlorenen russischen Milliarden zurückhalten zu helfen. Der Abgeordnete schreibt: Wir würden nicht begreifen, daß wir in eben derselben Stunde, wo wir von den Russen bestohlen werden, noch gezwungen werden, diese Russen im Müßiggang zu unterhalten. Wir zweifeln nicht, daß die französische Regierung von den in Frankreich anwesenden russischen Truppen fordert, daß sie durch ihre Arbeit den Schaden begahlen, den sie verursachen.

Die Nationalversammlung in Moskau?

Bern, 24. Jan. Nach einem aus Petersburg eingetroffenen Telegramm, das das „Journal de Geneve“ wiedergibt, suchen die gesamten Parteien die Nationalversammlung in Moskau tagen zu lassen, wo schon mehrere politische Persönlichkeiten eingetroffen seien.

Russischer Einspruch.

Kopenhagen, 24. Jan. (T.M.) Einer Drahtung aus Petersburg zufolge soll die russische Regierung bei der japanischen und englischen Botschaft in Petersburg gegen die Besetzung Vladivostoks durch japanische Truppen Einspruch erhoben und von diesen Botschaftern eine Erklärung verlangt haben.

Die französische Presse.

Bern, 23. Jan. (B.B.) Die Auflösung der verfassunggebenden Versammlung wird von der französischen Presse wenig besprochen. „Domme Libre“ urteilt: „Die Maximalisten gingen genau so autoritär vor wie der Zar. In Petersburg sind alle niedrigen Lebensschichten der Bevölkerung und der Soldateska entfesselt. Vielleicht ist die Regierung Venins nicht unmittelbar für die Morde und Untaten verantwortlich, aber sie trägt die Verantwortung für die Verfassung der Bevölkerung.“ Herbs Ausführungen sind melancholisch. In Rußland sei für die Entente nichts mehr zu tun. Einem solchen Jhlon gegenüber sei man machtlos. Er werde sich, wie alle Naturereignisse, schließlich von selbst wieder legen.

Der Verlauf der Verhandlungen in Brest-Litovsk mit den Vertretern der maximalistischen Regierung hatte in letzter Zeit die französische Regierung wiederum lebhaft darin bekräftigt, daß sie schließlich trotz allem scheitern würden. Um so mehr hat aber der Verlauf der Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine neue Bestimmungen hervorgerufen. Die Regierungspresse hatte gerade die Bildung der selbständigen Ukraine als einen Faktor hingestellt, der für die Verhandlungsmächte zu den größten Erwartungen berechtige, und nun kam es umgekehrt. „Was täuscht man?“ ruft deshalb Hanotiau im „Figaro“ aus, als die Nachricht in Paris angelangt war, daß die Ukraine besondere Vertreter nach Brest-Litovsk geschickt habe, um als selbständiger Unterhändler an den Friedensverhandlungen dort teilzunehmen. Man versteht auch nicht, daß die Beendigung des Kriegszustandes zwischen den Mittelmächten und der Ukraine von größter Bedeutung für letztere ist, als die Einigung mit der maximalistischen Regierung von Petersburg. Die Ukraine, erklärt die „Depeche de Toulouse“, wird wegen der großen natürlichen Reichthümer den Mittelmächten einen Bestand bringen, dessen Wert zu unterschätzen nicht möglich ist. Ebenso erklärt der „Matin“: Das Einverständnis mit der Ukraine ist geeignet, den Anfang einer neuen Epoche für die diplomatischen Verhandlungen zwischen den Mittelmächten und Rußland zu bezeichnen, und sie wird in gleicher Weise jeden jeden Zweifel eine Rückwirkung auf die Lage unserer rumänischen Bundesgenossen ausüben. Andererseits tritt der sozialistische Führer Sembat in der „Humanité“ mit Dringlichkeit dafür ein, daß Frankreich alles tue, um zu erreichen, daß die Ukraine durch ein föderatives Band mit dem übrigen Rußland verbunden bleibe, um dadurch zu verhindern, daß sie unter den dauernden Einfluß der Zentralmächte gerate. Zugleich verurteilt die Presse, die deutliche Beklemmung, welche die öffentliche Meinung durch die Einigung der Mittelmächte mit der Ukraine befallen hat, dadurch zu mildern, daß sie ihr durch einen letzten Hoffnungsschimmer vorzulegen läßt, die Einigung würde schließlich trotzdem noch scheitern.

England.

Irlands Verlangen nach Unabhängigkeit.

Bern, 23. Jan. (B.B.) Nach Meldungen von der Blätter erfährt die „Times“ aus Dublin, daß die Sinnfeiner-Partei die Frage der Unabhängigkeit Irlands einer Volksabstimmung unterwerfen will, an der alle Irländer über 18 Jahre teilnehmen sollen. Am Montag ver kündeten Maueranschläge in ganz Irland den Beschluß der Sinnfeiner-Partei, dem irischen Volk eine Petition zu unterbreiten, die von allen Nationen der Welt verlangt, daß bei der Zusammenkunft zur Reorganisation Europas nach dem Kriege Irland wieder zum unabhängigen Staate gemacht werde.

„Progress de Lyon“ meldet anlässlich des Rücktritts Carsons, daß die irische Frage wiederum brotunend werde. Die Demission Carsons bedeute offenbar den Protest ganz Irlands gegen die Einmischung Amerikas.

Im „Journal“ erklärte Saint Brice, der Rücktritt Carsons bedeute das Scheitern der englischen Irlandpolitik. Die Lage sei ernst, da die Mehrheit völlige Unabhängigkeit verlange.

Ein Russe über England.

Haag, 24. Jan. Der Stockholmer Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ hatte eine Unterredung mit den beiden von England freigelassenen Russen Tschitscherin und Petrots, die bekanntlich wegen pazifistischer Propaganda von der englischen Regierung gefangen gesetzt und erst auf den Druck Trotskys hin freigegeben wurden. Tschitscherin behauptet, er sei genau über die englische Politik orientiert und wisse auch, daß die Bestimmung des englischen Volkes weit verschieden sei von der Lloyd Georges, und daß das englische Volk weit entfernt von Begeisterung für den Krieg sei. Lloyd George habe erklärt, nicht mehr für die Volkabstimmung der kleinen Nationen eintreten zu wollen, die das Gebiet zwischen Rußland und Deutschland bewohnen. Er habe lediglich die polnische Frage betont. Nach der Auffassung Tschitscherins sei dies so aufzufassen, daß Lloyd George im Falle des Abschlusses eines ungünstigen Friedens für Rußland ein Mittel gefunden zu haben glaube, um selbst zu gegebener Zeit einen vorteilhaften Frieden zu schließen und den Bolschewik die Schuld an dem ungünstigen russischen Frieden zuzuschreiben. Das englische Volk verlange ebenso sehr nach Frieden wie die Zentralmächte, obgleich es die Entbehrungen des Krieges nicht so stark empfinde wie seine Gegner. Obwohl die Diplomatie ihre eigenen Wege gehe, so glaubt Tschitscherin doch erklären zu können, daß, wenn Rußland in Brest-Litovsk einen Sonderfrieden schließt, dies das Vorbild zu einem allgemeinen Frieden sein werde, denn die englische Diplomatie rechne stark mit den Ergebnissen dieses Sonderfriedens.

Englands Aussichten.

Amsterdam, 24. Jan. Der Professor an der Londoner Universität Hearnshaw, schreibt im „Daily Telegraph“ über die ungünstigen zukünftigen Aussichten Englands. England steht vor Ereignissen und Schwierigkeiten, wie sie seine Geschichte selten erlebt hat: vor einer deutsch-österreichischen Offensive im eigenen Lande. Vor einem Jahr um diese Zeit schien die Niederlage der Mittelmächte sicher. Die Russen waren besser als je ausgerüstet, bis die Torheit der Deministen alles über den Haufen warf. Jetzt ruht die gesamte Last des Krieges auf Englands Schultern, und der amerikanische Bundesgenosse ist noch nicht so weit. Im Innern stehen wir vor einer Hungersnot, wie sie selbst das Mittelalter noch nicht erlebt hat. Wir müssen jedoch durch diese Hölle gehen, so wie unsere Soldaten im Felde durch die Hölle des Feuers gehen. Die Zeit scheint für die soziale Revolution und den Massenkampf günstig zu sein. Wir müssen daher gegen die Ruhestörer einen scharfen Feldzug unternehmen und für die Aufklärung des Volkes sorgen.

Die Zivildienstpflicht für Amerika.

Genf, 24. Jan. Der „Matin“ meldet aus New York, daß Senator R. C. Lamb auf dem Bureau des Senats einen Entwurf für die Mobilisation des Zivildienstes niedergelegt habe. Er umfaßt die Männer im Alter von 18 bis 62 Jahren, die hauptsächlich auf den Eisenbahnen und in den Kriegswerkstätten beschäftigt werden sollen.

Die Opposition gegen Wilson.

Genf, 24. Jan. Der „Herold“ meldet aus Washington: Im Repräsentantenhaus hat sich eine aus 34 Abgeordneten bestehende oppositionelle Minderheit gebildet, die bereits in

Ich lasse dich nicht.

Original-Roman von S. Courths-Mahler.

(13. Fortsetzung.)

„Wirklich? Oh — wenn ich ein Mann wäre, ich würde mich nicht lange besinnen. Frisch drauf los und fertig. Aber du — sag — müdest du so ruhig abwarten, wie ein armes Mädchen, bis der Mann, den du liebst, käme und dir die entscheidende Frage vorlegte?“

Härrt Sogareff überlegte eine Weile. Dann sagte er ernsthaft:

„Nein — ich glaube doch, du hast recht, das Warten ist schlimmer.“

Und er lächelte sie wieder.

Sie drängte ihn von sich.

„So — jetzt ist es genug — jetzt rufe ich Elisa.“

„Mir ist es noch nicht genug,“ erwiderte er.

Sie lachte erglänzend.

„Im Vertrauen gesagt — mir auch nicht. Aber jetzt gehst du erst zu meinen Eltern — ich glaube — sie werden sich freuen, wenn du ihnen sagst, was hier geschehen ist.“

„Noch einen einzigen Kuß, Duschinka,“ sagte er.

Sie bot ihm die Lippen.

„Nun gehe,“ bat sie dann.

Er ging schnell ins Schloß zurück. Tatjana aber warf sich hinter dem Gebälk in Elisas Arme.

„Elisa — liebe Elisa — ich bin jetzt Härrt Sogareffs Braut!“

Elisa sah mit einem warmen Blick in ihr helles, gerötetes Gesicht.

„Von ganzem Herzen wünsche ich Durchlaucht Glück, so viel Glück, als es Durchlaucht verdienen.“

Tatjana lachte.

„Ach, dann wird es eben nicht viel,“ sagte sie lässlich.

„Also dann viel tausendfach, so viel, als Durchlaucht sich wünscht,“ sagte Elisa lächelnd.

„Ja, damit komme ich vielleicht eher aus,“ erwiderte die junge Härrt und legte ihren Arm in den ihrer Gesellschaftlerin.

„Kommen Sie ins Haus, Elisa — und — ich schenke Ihnen nachher das goldene Kettenarmband mit den Saphiren, das Sie immer so hübsch fanden — zum Andenken an meine Verlobung — und als Dank — daß Sie so eifrig Blumen pflückten. Den Kranz, den Sie mir gewunden, und den ich in dieser Stunde trug, — den will ich mir bewahren, er hat mir Glück gebracht.“

Sie schritten langsam zum Schloß zurück. Elisa bekam wirklich das wertvolle Schmuckstück. Es war nicht das erste Geschenk, das sie erhielt. Tatjana sowohl als die Härrtin Maria Petrovna machten ihr oft hübsche Präsenten.

Zur Feier der Verlobung seiner Schwester kam Alexander nach Kainofk. Und am Tage vorher hatte man einen hohen Gast dort empfangen. — Die Großfürstin Anna Paulowna.

Alexander war auf das Feinste überrascht, als er von der Anwesenheit der Großfürstin erfuhr. Wie war er immer dazu aufgelegt, sich mit ihr zu beschäftigen, als jetzt,

nachdem er nach wochenlanger Trennung Elisa wiedergesehen hatte.

Heiß und stürmisch war ihm das Blut zum Herzen gewallt, und er war vor Erregung blaß geworden, als er ihr zuerst begegnete.

Elisa wußte nicht, ob sie vor Wonne aufjubeln oder vor Herzeleid vergehen sollte, als er zur Tür hereinkam. Ihre Augen hatten eine Weile ineinander gebangene, wie die zweier zum Tode Verurteilten, denen man das Leben wiedergeschenkt hat.

Ganz allein waren sie, als sie sich begegneten. Elisa ordnete gerade den Blumenstrauß für die Tafel zum Abendessen. Die Blumen entglitten ihrer Hand und zitternd brante sie sich nieder, um sie anzuhängen. Er half ihr dabei, und sagte dann, vom Gefühl überwältigt, nach ihren Händen, die er mit leisem Stöhnen an sein heißes Gesicht drückte.

Sie erzitterte und sah ihn mit so furchtbarer Angst und Bangigkeit in die Augen, daß er schnell, ohne ein Wort zu sagen, aus dem Zimmer floh.

Als sie allein war, fiel sie kraftlos in einen Sessel und sah eine Weile mit geschlossenen Augen. Den ganzen Tag traf sie nicht mehr mit ihm zusammen. Sie preiße auf ihrem Zimmer, solange die Großfürstin und andere vornehme Gäste in Kainofk weilten.

Das war ihr sehr lieb. So konnte sie doch zur Ruhe mit sich selbst kommen.

Die Verlobungsfeier verlief glänzend. Tatjana war eine entzückende Braut. Sie trug ein wundervolles Kleid aus effenbeinfarbigem, kostbaren Stoffen, auf welchem, gleichfarbigem Seidenkrepp.

In ihrem Haar glänzten wieder die mattweißen Perlen von unschätzbarem Wert, die sie auf jenem Hofball getragen hatte. Auf Wladimirs Wunsch hatte sie sich dieselben ins Haar winden lassen und sie sah sinnverwirrend schön aus in diesem eigenartigen Schmuck. Eine einzelne große Perle hing wie ein Tropfen von ihrer Stirn.

Wladimir Sogareff sah man, gleich seiner Braut, das Glück an den Augen leuchten.

Alexander, der die Großfürstin bei der Tafel zur Nachbarin hatte, sah mit brennenden Augen zu dem strahlenden Brautpaar hinüber.

Warum war Elisa nicht auch eine Dame aus fürstlichem Geschlecht? Warum sah sie nicht, statt der Großfürstin, an seiner Seite? War sie weniger schön als diese, weniger gut und edel?

Ganz nichts machte ihn das Rascheln der schweren Seidenrobe, die die Großfürstin Anna Paulowna trug und die bei jeder Bewegung ihres Körpers leise in den Nähten knirschte. Zum ersten Male dachte er rebellisch über die Vorrechte der Geburt, zum ersten Male dünkte es ihm ungerecht, daß ein bürgerlicher Mensch weniger gelten sollte, als ein Aristokrat. Gab es nicht unter seinen Standesgenossen viele, die weniger achtenswerte Eigenschaften hatten, als mancher schlichte Bürger?

Was es unter den hochgeborenen Frauen seiner Gesellschaftskreise eine einzige, die sich mit Elisa an Vorzügen des Körpers und des Geistes messen konnte? Und zum ersten Male erzwang er, ob es nicht möglich sei, die Vorzüge zu be-

legen, ob es nicht einen Weg für ihn gab, der ihn mit der Geliebten vereinigete.

Ganz genau wußte er, daß keiner seiner Standesgenossen etwas dagegen haben würde, wenn er Elisa zu seiner Geliebten machte. Aber alle würden empört sein, wenn er sie heiraten wollte. Allen voran natürlich seine Eltern. Wie würden sie davor willigen, nie. Selbst Tatjana, die doch Elisa sehr lieb gewonnen hatte, würde nicht verstehen, daß er so, ohne ihren Wunsch hegen konnte. Ihr Herz hatte ja glücklicherweise den Mann erwählt, dem sie mit Billigung der Eltern angehören konnte. Wenn aber Wladimir Sogareff ein schlichter Bürger gewesen wäre — ob dann Tatjanas Herz weniger heiß für ihn geschlagen hätte? Alexander seufzte leise vor sich hin. Neben ihm saß die hochgeborene Frau, die man ihm zur Gattin bestimmt hatte und der das herrliche Begehren wieder aus den Augen funkelte. In ihr mußte er nicht herabsehen, sie würde ihn noch eine Stufe höher ziehen, wenn er sich entschließen konnte, ihre bereits ausgestreckte Hand zu fassen. Aber das würde er nicht tun, ganz gewiß nicht. Es war ein Gefühl in ihm, das fast an das grenzte gegen diese stolze, herrliche Frau, mit dem kalten Gesicht und den heißen Augen.

„Ueber welche unergründliche Probleme sinnen Sie nach, Härrt Alexander?“ fragte ihn die Großfürstin, nachdem er eine Weile tief in Gedanken versunken vor sich hingeblickt hatte.

Er schrak empor und blinnte sie an.

„Probleme? Ich weiß nicht, ob das menschliche Glück ein Problem ist, kaiserliche Hoheit.“

„Ueber das menschliche Glück haben Sie so angestrengt nachgedacht?“

„Ueber das Glück meiner Schwester im Besonderen, kaiserliche Hoheit.“

Anna Paulowna seufzte leise und warf einen neidvollen Blick zu Tatjana hinüber.

„Ja, Ihr reizendes Schwösterchen scheint sehr glücklich zu sein.“

„Benedenswert glücklich, kaiserliche Hoheit. Sie durfte ihrem Herzen folgen.“

„Aber was hindert Sie daran, ein gleiches Glück zu suchen, wenn Sie es so benedenswert finden?“

Er war mit seinen Gedanken nur halb bei der Unterhaltung, und zerstreut und mißverlegt antwortete er:

„Der Standesunterschied, kaiserliche Hoheit.“

Sie erstarrte jäh und ihre Augen leuchteten auf.

„Der Standesunterschied, Härrt Alexander?“ fragte sie atemlos.

Er erschauerte und sah sie verwirrt an. Jetzt erst wurde er sich bewußt über das, was er gesagt hatte.

„Verzeihung — ich sprach nur in der Verwirrung — ich bitte um Verzeihung, wenn ich Eure kaiserliche Hoheit gelangweilt habe.“

Anna Paulowna lächelte sehr liebenswürdig.

„Oh bitte sehr — dies Thema ist mir sogar sehr interessant. Die Frage möchte ich erörtern, ob sich ein Mann, wie Sie, Härrt Alexander, wegen irgendwelcher Standesunterschiede abhalten lassen würde, seinem Herzen zu folgen,“ sagte sie erregt und sichtlich gespannt. Sie glaubte jetzt, den Grund zu kennen, der ihn abhielt, sich ihr zu nähern. (13.)

... gegen die letzten Tage gegen die Kriegsmaschinen des Präsidenten Stellung nahen. Die Opposition weniger gegen eine Teilnahme Amerikas am Kriege als vielmehr gegen die Art der bisherigen Kriegsführung durch das Staatsoberhaupt gerichtet.

Frankreich.

General Sarrail, Zeuge im Cailleur-Prozess.

Genf, 24. Jan. "Le Petit Journal" meldet: General Sarrail ist zur Disposition des Kriegsministers gestellt. Sarrail soll in der Untersuchungsphase gegen Cailleur zur Verhandlung und Vernehmung geladen werden.

Der japanische Kreuzer "Matsuga" aufgelaufen.

Osaka, 24. Jan. Aus Batavia wird vom 14. Januar gemeldet: Ein fremdes Kriegsschiff, das aus den Strand nordlich von Banka aufgelaufen ist, scheint der japanische Kreuzer "Matsuga" zu sein. Das Schiff versucht, mit eigener Kraft loszukommen.

Die Tagesberichte.

Der deutsche amtliche Bericht.

Großes Hauptquartier, 24. Jan. (W. B. Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz: Keine besonderen Ereignisse.

Kege Erkundungsstätigkeit unserer Infanterie brachte an den Stellen der Front Befangene ein. In der Bahn entlang: Staben wurden sechs Maschinengewehre erbeutet.

Ostlicher Kriegsschauplatz: Nichts Neues.

Mazedonische Front.

In einzelnen Abschnitten Artillerietätigkeit. Südwestlich von Doiran-See scheiterte ein englischer Vorstoß.

Italienische Front: Die Lage ist unverändert.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der österreichische amtliche Bericht.

Wien, 24. Jan. (W. B.) Amtlich wird verkündet: Die Lage ist unverändert.

Bittere Wahrheiten!

Nachdem der bekannte dänische Schriftsteller Georg Brandes seinen aufsehenerregenden, auch in Deutschland stark nachdruckten Aufsatz in "Politiken" mit der völligen Unerschlichkeit der wahrhaft Neutralen den Nachweis erbracht hat, daß die größere militärpolitische Vorbereitung auf den Krieg von der Entente vorgenommen war, hat er vor einiger Zeit in demselben Blatte einen bemerkenswerten Aufsatz über die durch den Kriegszustand im zivilisierten Europa angerichteten Verderbungen erscheinen lassen. Darin heißt es u. a.: "Ich immer sprechen die Minister der kämpfenden Mächte davon, bis zum Endziele anzukommen. Es gibt nur einen Weg, das ist der Sieg der Vernunft über die Dummheit, die der Welt noch fern zu liegen. ... Wenn es noch jemanden gibt, der jetzt noch nicht einseht, daß die französisch-russische Allianz für Frankreich eine einzige ungeheure Torheit war, ist er der Betreffende wieder 'hinterher lug' noch 'woher er'. Diese Allianz hat Frankreich 20 Milliarden Franken gekostet, ferner ihm all den Schaden gebracht, den der Weltkrieg verursacht. Er hat ein Vierteljahrhundert lang die Franzosen in der Mission erhalten, die sich am Prüfungsstege als Nisse erwies. Sie hat die Franzosen daran verhindert, ihr aufgeschpartes Kapital zur Förderung von Handel, Landwirtschaft, Industrie, Kanalbau, Sprachunterricht, des eigenen Landes überhaupt, zur Förderung des Unternehmungsgeistes anzuwenden, und hat an Stelle dessen den Hunger der Franzosen, vom 50. Jahre ab von den Finzen zu leben, herbeigeführt. Um einen großen Teil dieser Finzen ist die Nation jetzt nach menschlichem Ermessen betrogen."

Ueber Frankreich, Deutschland und England" sagt Brandes: Man lese aufmerksam folgende Zahlen: Vor dem Kriege hatte Frankreich 85 v. H. seiner männlichen Bevölkerung allgemeine Wehrpflicht auf, die Kolonien nicht mitgerechnet. Deutschland begnügte sich mit der Ausübung von 55 v. H. Im Jahre 1913 betragen die Ausgaben für Heer und Flotte pro Einwohner:

	In Frankreich	Deutschland	England
Heer	23 Fr. 73	18 Fr. 38	15 Fr. 39
Flotte	12 Fr. 77	8 Fr. 51	25 Fr. 26

Die Tabelle zeigt, wie überanstrengt Frankreich war und wie viel mehr als Deutschland sowohl Frankreich als auch England, jeder für sich, geschweige denn zusammen, für Militärausgaben ausgab. ... Es war, wie man sieht, teurer in Frankreich als in Deutschland zu leben. Die Folge davon war, daß in Frankreich sich überlegte, Kinder in die Welt zu setzen; während die Geburten in Frankreich abnahmen, nahen sie — trotz des Geburtenrückganges in Berlin — im deutschen Reich stark zu. Es kostet keine so große Bürde auf die Deutschen wie auf den Franzosen. Zwar forderten in Frankreich dauernd Vaterlandsfreunde die Eheleute auf, Kinder in die Welt zu setzen, aber sie gaben, — für die weniger zahlhabenden — keine Winke, wie die Eltern diese erträgen sollten. Daran hatte man in Deutschland gedacht. Schon damals fing an — trotz allen Widerstandes, den er von den Eltern der von ihm selbst mißhandelten und unterdrückten Minderheiten begehrte — den deutschen Arbeiter durch eine umfassende Organisation sicher zu stellen. Bis jetzt ist die Dritte von Deutschlands ganzer Bevölkerung versichert gegen Krankheit, Unfall und Invalidität, Altersschwäche nicht einbezogen. Die Sicherheit, die der Arbeiter und der Angehörige auf diese Art und Weise genießt, ist eine Voraussetzung dazu, eine Familie zu gründen und Kinder in die Welt zu setzen. Diese Voraussetzung hat in Frankreich gefehlt. Es fehlten daher Arbeitskräfte im großen Stil, und die Folge war, daß die Kapitalisten es nicht wagten, sich auf die Handelsunternehmungen oder industrielle Anlagen einzulassen. Diese wurden Fremden überlassen, besonders Deutschen wie Thyssen und Baumann, während die französischen Kleinrentner, welche schätzten, daß kein Fortschritt, keine große Unternehmungslust im Kaufmannstand ihres eigenen Landes war, ihr Geld in ausländischen Papieren anlegten. Die großen Banken in Frankreich, die wirklichen Regenten

des Landes, haben dank ihrem Vorteil... Es gibt ein Buch von Marcel Sembat, der bis vor kurzem Mitglied des französischen Ministeriums war; es ist erst 1913 geschrieben. Sein Titel lautet: "Faites un roi, sinon faites la paix!" (Schafft uns einen König, oder, wenn nicht, schafft uns Frieden!) Falls die Franzosen auf Sembat gebürdet hätten, anstatt dem Brüllaffen (gemeint ist Lloyd George) zuzuhören, dann hätten sie sich nicht in den Krieg gestürzt, der, wie auch sein Ende werden möge, das traurige Resultat aufweist, daß er das unglückliche Frankreich entkräftet und dem Kleinod der modernen Zivilisation seinen Glanz raubt."

Georg Brandes schließt seinen Artikel: "In Deutschland hat die Roharchie soziale Reformen ins Werk gesetzt, zu denen in Frankreich die Republik noch nicht gekommen ist... Aber daß ein Staat sich demokratisch nennt, imponiert nur dem, für den das Wort Demokratie noch ein Zauberwort ist, und daß ein Staat sich Republik nennt, bedeutet ja vor der Hand nichts anderes, als daß eine nach Freiheit drängende Aufschrift auf dem Gebäude alter Mißbräuche und Vorrechte gesetzt wird. Der Name tut nicht mehr zur Sache, als das Etikett der Weinsflasche Bedeutung für den Wert des Weines hat. Frankreich wollte eine erwerbende Republik sein. Seitdem es Elsaß und ein Stück von Lothringen verloren, deren Erwerbung es den Deutschen nicht verzeihen kann, hat es selbst volle fünf Frankreich als Kolonien erobert und diese fünf Frankreichs kann es unmöglich mit seiner schwachen Bevölkerung beherrschen... Soviel ist gewiß: während England noch ein Interesse daran hat, daß der Krieg weiter dauert, weil er Deutschland stärker gemacht als Großbritannien, hat Frankreich nicht das geringste Interesse an der Fortsetzung des Krieges. Es wird nicht nur stärker mitgenommen als England, sondern auch stärker als Deutschland. Daß es den Krieg fortsetzt trotz Maßlands Abfall und Italiens Niederlage, ist wohl ein edelmütiger Zug, aber einer, dessen Wert nur dem entspricht, der Frankreich veranlaßt, Rußland Milliarden zu leihen."

Das sind Wahrheiten, deren Verschweigung die Regierungen der Lloyd George und Clemenceau sich nach besten Kräften angelegen sein lassen dürften.

Tagesnachrichten.

Englisch-französische Truppenverschmelzung.

Genf, 24. Jan. Der Pariser "Intransigeant" glaubt, dem französischen Publikum ernstlich die Durchführung der Einheitsfront anzeigen zu können; er macht darauf aufmerksam, daß der englische Tagesbericht von einem Zusammenstoß zwischen Engländern und Deutschen im Südwesten von St. Quentin spricht, wo bisher nur französische Truppen standen, gleichzeitig spricht der französische Tagesbericht von einem deutsch-französischen Zusammenstoß an der belgischen Küste, wo bisher nur englische Truppen in den Schützengräben lagen. Es sei noch nicht erlaubt, die Gründe dieser Neuerscheinung zu nennen, doch dürfe man die Frage stellen, ob es sich nicht um die langgestrebte "Verschmelzung" der Truppen handle.

Ein Orkan im Kriegshafen Ferrol.

Genf, 24. Jan. Habas meldet amtlich aus Madrid: Ein Sturm, der im Kriegshafen von Ferrol wütete, beschädigte den äußeren Kai, die radiographische Station, sowie den Panzerkreuzer "Carlos". Er riß auch mehrere Kanonenboote auf dem Meere mit sich, besonders den "German Cortes", die "Marques" und die "Molina". Die Unlücke Nacht "Gralda" ist ebenfalls beschädigt. Das Torpedoboot Nr. 13 stieß auf den Panzerkreuzer "Saine". Beide Schiffe erlitten Schaden.

Die Kriegsnot in Mailand.

Amsterdam, 24. Jan. "Popolo d'Italia" meldet: In Mailand ist seit zwei Tagen der Droschkiendienst wegen Hafermangels eingestellt. Der Straßenbahnverkehr funktioniert infolge Elektrizitätsmangels ungenügend. Die Autos haben kein Benzin.

Lokales und Provinzielles.

— Für wen kämpft der Feldgrauke da draußen? Nicht für sich, denn sein Leben ist dem Kriegesgeschick verfallen, — aber er kämpft für uns, die Daheimgebliebenen — für unsere Ruhe und Sicherheit. Wenn wir uns dieser Tatsache nur in jedem Augenblicke bewußt wären! Dann würden wir alle Belegenheiten, die es uns ermöglichen, dem Soldaten das schwere Draußenlos zu erleichtern, nur als einen ganz schwachen Ausdruck für eine Respektloskeitsbegrenzung. In den Soldaten- und Marineheimen ist uns solche herrliche Belegenheit geboten, einen Teil unserer dankbaren Liebe über unsere ferneren Kämpfer ausströmen zu können. Wenn ein jeder von uns nach seinem Vermögen ein Scherlein beisteuert, und es nicht nur bei der guten Absicht läßt, kann es nie an Mitteln fehlen, diese köstlichen Heimstätten mit allem auszustatten, was dem Leibe und der Seele unserer Krieger nützt. Ja, bis in die entlegensten Kampfzonen können wir dann unsere Liebe tragen und den gänzlich Heimatslosen wirklich ein Stück Heimat bringen.

— Neue Kreisschulinspektorenstellen. Im Rechnungsjahr 1918 sollen 15 neue hauptamtliche Kreisschulinspektorenstellen errichtet werden, und zwar in Rastenburg, Angerburg, Stallupönen, Custrin, Bergen, Reumarkt, Górlitz (Land), Renthaldensleben, Halle a. S. (Land), Garmeln, Hildesheim (Land), Lehe (Land), Siegen und Wehlath.

— Das 2/2-Pfennig-Stück. Durch die Einführung von Postwertzeichen im Werte von 7 1/2 Pfennig ist es notwendig geworden, auch eine Münze zu schaffen, die den Erwerb eines einzelnen solchen Postwertzeichens ermöglicht. Es wurde daher die Einführung einer neuen Münze im Werte von 2/2 Pfennig beschlossen. Von der Durchführung dieses Beschlusses wird aber einstweilen Abstand genommen werden, weil die für eine solche Münze in Betracht kommenden Metalle zur Zeit nicht zur Verfügung stehen. Das 2/2-Pfennig-Stück wird erst nach dem Krieg zur Ausprägung gelangen. Mit seinem Erscheinen im Zahlungsverkehr wird das 2-Pfennig-Stück entbehrt, da es zwecklos ist, zwei Münzen, deren Zahlwerte so dicht beieinanderliegen, gleichzeitig im Verkehr zu haben. Auch kann das 1-Pfennig-Stück bei ausreichender Prägung das 2-Pfennig-Stück vollkommen ersetzen.

— Garn und Zwirn. Für die Anmeldeung und Verteilung von Garn und Zwirn ist in Frankfurt für die Provinz Hessen-Rassau eine Bezirksstelle eingerichtet worden, wozu die südliche Bekleidungsstelle bestimmt wurde. Alle Kleinhändler und Bearbeiter müssen ihren Bedarf bis zum 2. Februar anmelden, wenn sie bei der Verteilung der Garn- und Zwirnmengen, die für das erste Vierteljahr zur Verfügung stehen, berücksichtigt werden wollen.

— Behandlung von Papiergarnerzeugnissen. Dandernd werden Magen darüber laut, daß Papiergarnerzeugnisse bei der Wäsche zerstückt werden. Um diesem Mangel zu begegnen, wird vorläufig die Beachtung folgender Waschkochvorschriften empfohlen: 1. Das Kochen, Reiben und Ausdringen mit den Händen ist unter allen Umständen zu vermeiden. Ausdringen mit der Bringmaschine ist unschädlich. 2. Die Reinigung erfolgt mit Bürste, warmem Wasser (nicht über 40 Grad Celsius) und Seife oder Seifenpulver. Nach dem Waschen muß die Ware in lauwarmem Wasser gründlich gespült werden. Nach dem Spülen empfiehlt sich die Trocknung auf der Peine. 3. Es empfiehlt sich ein nicht zu heißes Bügeln in noch feuchtem Zustande auf der linken Seite. — Wenn diese Vorschriften beachtet werden, ist eine längere Haltbarkeit der Ware möglich.

— Nähgarnbeschaffung. Hierdurch seien die Wiederverkäufer und gewerblichen Verbraucher von Nähgarn auf die im amtlichen Teil der heutigen Nummer enthaltenen Verfügung des Landratsamtes zur Anmeldung des Bedarfs bei der Kreisbefleibungsstelle (Wahlbezirk 1, IV.) hingewiesen.

— Schuhmacher-Kursus. Nach der im amtlichen Teil der heutigen Nummer veröffentlichten Bekanntmachung des Landratsamtes sind durch die Bürgermeistereien die ortsanwesenden Schuhmacher bei der Kreisbefleibungsstelle anzumelden. Die Schuhmacher seien auf die Beteiligungsbestimmungen im Anzeigenteil hingewiesen.

— Vereinfachung und Beschleunigung des Erbschaftsverfahrens bei verloren gegangenen Postpaketen. Nach einer neuen Verfügung des Reichspostamtes ist die Grenze, innerhalb welcher die Postämter zur selbständigen Erledigung der Erbschfälle ermächtigt sind, von 15 auf 30 Mark heraufgesetzt worden. Gleichzeitig wird auf die Bestimmung hingewiesen, daß die Entscheidung über die Erbschaftsmöglichkeit zu beschleunigen und gegebenenfalls ungeschämt Zahlung zu leisten ist. Damit dürfte eine wesentliche Vereinfachung und Beschleunigung des Erbschaftsverfahrens erreicht sein.

— Auszeichnungen für weibliche Personen. Im Jahre 1917 wurden in Hessen-Rassau an Hebammen für 40-jährige Dienstzeit 13 goldene Brochen verliehen. Ferner erhielten für 40-jährige Dienstzeit in derselben Form die 8 weibliche Dienstmädchen goldene Kreuze und 2 weibliche Dienstmädchen für 30-jährige Dienstzeit in derselben Form bronzene Denkmünzen.

Frankfurt, 23. Jan. Die Stadtverordneten stimmten einhellig dem Ankauf des Kurortes Soden bei Wiesbaden zur Einrichtung einer Heilanstalt für tuberkulose und kretinöse Kinder zu und bewilligten die dafür erforderliche Summe von vorläufig 100 000 Mark. Den Restbetrag in der Höhe von 200 000 Mark stellten die Gebrüder Kaufmann schenkungsweise zur Verfügung. Dem Magistratsantrag auf sofortige Erhöhung der Straßenbahntarife fand nach langem Meinungsaustrausch, in dem u. a. die sofortige Aufhebung des Nachbrottes von vielen Seiten beantragt wurde, Annahme. Zum Bau der Lebensmittellhalle bewilligte man einen Nachkredit von 533 400 M., so daß sich das Gebäude statt der veranschlagten 730 000 M. auf 1 263 400 M. stellt.

Uermischtes.

* Das Land der Gerechtigkeit. Ueber das empörende Gerichtsurteil, das jüngst in Newyork gegen angehende Deutsche gefällt worden ist, schreibt das "Hamb. Fremdenbl." wie folgt: Die Nachricht, daß der "Angestellte" Bänz und drei andere Beamte der Hamburg-Amerika-Linie in Newyork zu Gefängnisstrafen von 12—18 Monaten wegen Vergehens gegen das Postgesetz verurteilt worden seien, weil sie Vorräte an deutsche Kreuzer lieferten, bedeutet — so wird der "Hamb. Zig." von hochgeschätzter Seite mitgeteilt — daß das gegen Ende 1916 ergangene Urteil des District Court of Newyork, das damals auf 1 1/2 Jahre Empfinden lautete, von der Berufungsinstanz im wesentlichen bestätigt worden ist. Der "Angestellte" Bänz ist der hochangesehene Generalrepräsentant und Chef des Newyorker Hauses der Hamburg-Amerika-Linie, der als früherer langjähriger Generalkonsul in Newyork und späterer deutscher Gesandter in Mexiko in weiten Kreisen rühmlichst bekannt geworden ist. Die Beurteilung erfolgte nicht wegen Verletzung von Vorräten an deutsche Kreuzer, sondern lediglich deshalb, weil in den von Herrn Bänz unterzeichneten Ausklarierungspapieren einziger aus dem Hafen von Newyork ausgelaufener deutscher Schiffe in bezug auf ganz nebenfällige Angaben Ungenauigkeiten enthalten sein sollten. Selbst wenn solche Ungenauigkeiten vorgelegen hätten, was bei einigermaßen verständiger und unparteiischer Beurteilung nicht hätte festgestellt werden können, so wäre nach deutschen Begriffen eine Ordnungsgeldstrafe von vielleicht einem oder zwei Dollar am Plage gewesen. Den Behörden in Washington kam es aber darauf an, gegen den Leiter der verhafteten deutschen Gesellschaft und gegen das Deutschtum überhaupt einen Schlag zu führen. Man versuchte daher zunächst, die ganz offenkundigen und keineswegs geheimgehaltenen Zwecke, zu denen die deutschen Schiffe den Newyorker Hafen verlassen hatten, als ungesetzlich hinzustellen. Nachdem dies aber daran gescheitert war, daß kein Gesetz gefunden werden konnte, das durch die Schiffe verletzt worden wäre, griff man zu dem Mittel, die erwähnten angeblichen Ungenauigkeiten der Ausklarierungspapiere in der ungeschicktesten Weise aufzubauschen, indem man daraus nichts Weiteres als ein Komplott gegen die Vereinigten Staaten konstruierte. Infolgedessen wurden Herr Bänz und drei verdächtige Beamte der Hamburg-Amerika-Linie, die an der Ausfertigung der Ausklarierungspapiere beteiligt waren, unter der Anklage der conspiracy against the United States vor ein Geschworenengericht gestellt. In welchem Geiste die Verhandlung geführt wurde, läßt sich daraus ersehen, daß der Obmann der Jury, wie einmündig festgestellt worden ist, schon am Tage vor der Verhandlung unter Schimpfworten auf Deutschland in einem öffentlichen Lokale erklärt hat, diesen verd... deutschen Angeklagten solle es schlecht gehen. Die Anklage des Staatsanwalts war denn auch nichts als eine wüste Tirade des Deutschenhasses. Zur Begründung der Anklage wußte er nichts anderes vorzubringen, als daß durch die angeblich unrichtigen, wie gesagt nur auf Nebenfachen sich beziehenden Angaben in den Ausklarierungspapieren eine "Fälschung" der amerikanischen Statistik herbeigeführt worden sei. Die Jury sprach darauf das "Schuldig" aus, und der Bundesrichter, der bezeichnenderweise eigens zur Führung dieses Prozesses aus einem Orte im Staate Vermont nach Newyork verlegt worden war — ein nach deutschen Begriffen ganz unehörtlicher Vorgang — erkannte auf eine Strafe von 1 1/2 Jahren Empfinden. Im Urteil wurde diese Strafe, die in dem großen Gefängnis in Atlanta abzuhängen sei, ausdrücklich als "infamous" bezeichnet; sie entspricht also unserer Zuchthausstrafe. Gegen das jetzt vorliegende Urteil der Berufungsinstanz ist noch

